

Die „Vorblätter“ erscheinen morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 14 M., im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Briefband bezogen für Deutschland, Österreich, Ungarn, Tschechien, das Baltikum u. Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens u. Litauens 20 M., für das übrige Ausland 27 M., per Brief bez. für Deutschland u. Österreich-Ungarn 90 M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 5-6.

Die achtspaltige Annonzenzeile ober dem Raum kostet 5.- M., einschließlich Fernsprechgebühr. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2.- M., jedes weitere Wort 1.50 M., einschließlich Fernsprechgebühr. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Berichte 3.20 M. netto pro Zeile. Stellen-Berichte in Wort-Anzeigen: das festgedruckte Wort 1.50 M., jedes weitere Wort 1.- M. Fernsprecher: Zentrum 15230-15239

GTREIF

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die oberschlesische Gefahr

Orgesch-Briefe

Seit Wochen haben wir darauf hingewiesen, daß die Orgeschbrüder, die aus ganz Deutschland nach Oberschlesien geströmt sind, nicht die Absicht hatten, die Bevölkerung vor den Angriffen der polnischen Banden zu schützen, sondern daß es vielmehr ihre Absicht war, in Oberschlesien ein Sammelbassin für die illegalen Formationen zu bilden, die durch das Ultimatum der Entente von der Auflösung bedroht waren. Wir haben weiter darauf hingewiesen, daß diese Banden nicht die Absicht erkennen lassen, auseinanderzugehen, wenn die Interalliierte Kommission wieder Herr der Lage geworden ist. Sie arbeiten vielmehr deutlich auf das Ziel hin, von Schlesien aus einen Feldzug gegen die Republik zu unternehmen. Schon die Tatsache, daß die oberschlesischen Banden unter dem Hakenkreuz und der schwarzwelb-rotten Flagge marschieren, kennzeichnet die Gefahr, die der Republik droht. Trotzdem hat die Regierung nichts unternommen, um den Zustrom der Freiwilligen nach Oberschlesien zu unterbinden. Die Verordnung der Reichsregierung steht nur auf dem Papier; dauernd strömen Neuangeworbene in das Lager der schlesischen Banden. Zum Beweise dafür, welche Stimmung jene Kreise befeuert, die vorgeben, Ruhe und Ordnung stiften zu wollen, veröffentlichen wir nachstehend Auszüge aus einigen Briefen, die ein Berliner freiwilliger Offizier von Oberschlesien aus nach Berlin gerichtet hat:

22. 6. Trotzdem die Annahme von Freiwilligen zwei Tage zuvor gerade gesperrt worden ist, ist es mit Gefolgten, in Breslau zum Abschnitt Süd in Deutsch-Rosenthal und auch von dort wieder nur unter Schwierigkeiten weiter zur M. G. K. Paulsen zu gelangen. Hier ist alles vollkommen militärisch organisiert. Selbst die Etappe mit der großen Klappe fehlt nicht.

24. 6. Gestern in Ratibor gewesen, wo ein französischer Offizier mit knapper Not des Verprügelns entging. Sobald sich dort ein Franzose sehen läßt, sind ein paar hundert Menschen hinter ihm her. Neulich haben sie einen Franzosen vom Pferde untergeholt. Die Erbitterung ist kolossal. Alles ist unter Wache. Morgen bekommt meine Kompanie noch zwei Infanterie-Begleitbeschützer und drei schwere M. G. Wir sind natürlich gespannt, ob der Pole tatsächlich zurückgeht. Unsere fliegenden Patrouillen werden das ja feststellen. Es ist hier in leitenden Stellen die Meinung verbreitet, daß, auch wenn es der Fall ist, die Gewitterwolke nur wenige Tage anhalten wird. In den Zeitungen wird dann sicher auch zu lesen sein, der Selbstmord ist aufgelöst. Man darf das nicht so wörtlich nehmen! Das beste wäre auf jeden Fall, die Polen greifen an, und wir hätten dann die nötige Bewegungsfreiheit, sie gänzlich hinauszuschmeißen. Auch wenn sie fünfmal so stark sind.

25. 6. Ein loeben von einer Offiziersbesprechung zurückgekehrt. Soviel sieht fest, aufgelöst wird nur dann — pro forma — wenn die Polen reflexlos auch Anbnid und Pleh geräumt haben. Daran wird natürlich nicht zu denken sein. Zutreffendfalls bleibt der Selbstmord in Arbeitskommandos zusammen, um stündlich wieder einberufen zu werden. Die Offiziere werden gleich mit als Mobilisationsoffiziere verwendet. Die Lösung der oberschlesischen Frage wird wohl erst beim nächsten Kriege geklärt werden. Letzteres ist natürlich nicht für die breite Öffentlichkeit bestimmt. Am meisten wird über die famose Regierung der Republik Deutschland geschimpft. Aus der einen Seite werden wir von ihr unterkühlt, aus der anderen Seite leiden wir unter ihren Missetatungen.

Zahlen reden

Auch ein Beitrag zur Kapp-Justiz

Das wertvolle Buch von Dr. Gumbel: „Zwei Jahre Nord“, enthält u. a. auch tabellarische Gegenüberstellungen darüber, wie unterschiedlich die Arbeiter und die Reaktionsäre vor Gericht behandelt werden. Besonders charakteristisch ist eine Tabelle, die beleuchtet, in welcher Weise die Justiz bisher gegen die Kappisten vorgegangen ist. An der Kapp-Regierung haben nachweisbar teilgenommen 21 Personen. Davon befinden sich zwei im Ausland, einer ist amnestiert, ein anderer sitzt noch im Amt, die übrigen genießen die volle, ungeschmälerte Freiheit und sind bisher in keiner Weise belästigt worden.

Von den Offizieren der Reichswehr und der Marine haben nachweisbar 775 Mann die Kapp-Regierung aktiv unterstützt. Das Verfahren verlief wie folgt: Gegen 488 Offiziere wurde es eingeleitet, 91 wurden beurlaubt, 57 verhaftet, 48 des Dienstes enthoben, 12 Fälle wurden disziplinarisch erledigt, bei 74 Offizieren ist (nach 16 Monaten!) noch keine Entscheidung getroffen, 6 Offiziere wurden verabschiedet. Die Gesamtstrafe: Null.

In führender militärischer Stellung nahmen an dem Kapp-Putsch nachweisbar 25 Offiziere teil, zwei davon sind im Ausland, zwei bekleiden weiter eine führende Stellung bei der Reichswehr, die übrigen sind bei Gewährung der vollen Pension auf freiem Fuße. Die Soldaten, die während des Kapp-Putsches gegen die Regierung kämpften, erhielten für den Sturz der Republik durch Kapp 7 Mark Extra-Zulage pro Tag. Die Ebert-Regierung zahlte diese Zulage bis

Der Inhalt dieser Briefe spricht für sich selbst. Wer die Gefahr trotzdem noch nicht erkennen will, der sei noch einmal daran erinnert, daß die Führer des oberschlesischen Selbstschutzes Männer wie Graf Westarp, Kapitän Ehrhardt, Kulob, Paulsen und Koffbach sind, und daß in dieser edlen Kampfarei auch der Baltikumgeneral Graf von der Goltz vertreten ist. Die „Arbeitsgemeinschaften“, hervorgegangen aus den früheren Freikorps, stehen samt und sonders den Putschisten zur Verfügung. Ein Beweis, daß auch diese Arbeitsgemeinschaften nichts weiter sind als illegale militärische Formationen. Im Zusammenhang mit dieser Angelegenheit mag noch darauf hingewiesen werden, daß die reaktionäre Presse seit Wochen eine zentral geleitete, sich täglich steigende Hege gegen die Republik betreibt. Kurz vor dem Kapp-Putsch erlebten wir Ähnliches. Das läßt darauf schließen, daß die Monarchisten wieder einmal ihren Weizen reifen sehen.

Der Zwischenfall in Beuthen

Pariser Pressestimmen

E. E. Paris, 6. Juli.

Der neue oberschlesische Zwischenfall gibt einigen Blättern, besonders „Echo de Paris“, „Figaro“, „Eclair“ und „Action française“ Anlaß zu energischen Ausführungen, wobei auch behauptet wird, daß die Schuld an dem tragischen Ende des französischen Majors das Kabinett Wirth treffe. Namentlich dem Kanzler wird der Vorwurf gemacht, daß er in seinen letzten Reden ein ungeteiltes Oberschlesien forderte. Derartige Ausführungen seien nur geeignet, wie „Figaro“ bemerkt, die Stimmung in Oberschlesien zu vergiften. Der Kanzler treibe nur das Spiel der Abenteurer. — „Echo de Paris“ fordert strengste Ahndung dieser Tat, welche es als eine Rundgebung des wütendsten Hasses der oberschlesischen Bevölkerung Frankreich gegenüber bezeichnet. Die Umstände, unter denen sich das tragische Ereignis vollzog, beweisen nur von neuem, daß die Deutschen die Gegenseite zwischen Franzosen und Engländern auszubedenken suchen. Man müsse ihnen zeigen, daß sie sich täuschen und daß die Alliierten in ihrem Willen, die Ordnung aufrecht zu erhalten, einzig seien und jedes Attentat unterdrücken werden.

„Zeit Parisien“ schiebt die Schuld an dem Attentat deutschen Offizieren in die Schuhe, die sich immer noch in Oberschlesien befänden und Gewaltstreiche herbeizurufen versuchen und sich in der Zahl von mehreren Tausend in den Reihen der Freiwilligen in Oberschlesien befinden. — Im Gegensatz zu diesen Anschauungen steht die von Gustav Herzog in der „Victoire“, der erklärt, daß das Kabinett Wirth keinerlei Verantwortung treffe an diesen Ereignissen, sondern daß vieles nur den Polen zur Last falle, die den Aufruhr in Oberschlesien herbeigeführt und infolgedessen die deutschen Abwehrmaßnahmen heraufbeschworen haben. Das Kabinett Wirth weise keinen guten Willen: Die Wirtschaftsverhandlungen dauerten fort, und die deutsche Regierung zeigte, daß sie die Bestimmungen des Versailler Vertrages durchzuführen will. Wenn es eine Schuld gebe, so treffe diese nur die Polen. Das beste Mittel, solche Attentate zu verhindern und die Nerven der aufgeregten oberschlesischen Bevölkerung zu beruhigen und sie nicht mehr zu reizen, sei, endlich über das Schicksal Oberschlesiens zu entscheiden.

Wie der „Matin“ mittelt, beabsichtigt der Abgeordnete Lesflore in der Kammer wegen der Zwischenfälle, die sich in Beuthen ereignet und zu dem Tode des französischen Majors Montalegre geführt haben, zu interpellieren.

Ende Juni 1920 weiter. Es wurden für diese Zwecke insgesamt etwa 500 Millionen Mark extra verausgabt und durch den Reichstag gegen die Stimmen der Unabhängigen bewilligt.

Von den führenden Anhängern der Kapp-Regierung in der Provinz kommen insgesamt 30 Personen in Betracht. Sie sind alle auf freiem Fuße und beziehen aus den Geldern der Steuerzahler ihre Pensionen.

Einer Erläuterung bedürfen diese Angaben nicht. Die Zahlen sprechen für sich und charakterisieren besser wie Hunderte von Artikeln und Reden die heutige deutsche Justiz!

Kemal vor Konstantinopel

E. E. Paris, 6. Juli.

Aus Konstantinopel wird gemeldet: Die Kemalisten haben fast die ganze Halbinsel Iomed besetzt. Mehrere Truppenabteilungen sind in die neutrale Zone eingedrungen und nähern sich Konstantinopel. Die Jüge können nicht mehr von Konstantinopel nach Bendis gehen. In Konstantinopel wird lebhaft der Plan erörtert, daß Rumänen zur Verteidigung der türkischen Hauptstadt Truppen stellen sollte.

Generalkrieg der französischen Baumwollspinner. Die streikenden Baumwollspinnerarbeiten in Lille haben den Generalstreik in der Baumwollspinnerei verhängt. Die Kommission der Textilindustrie wird sich mit der Frage beschäftigen, ob ein Generalkrieg auch in der Flachspinnerei- und Weberei angebracht sei.

Der kommunistische Bankrott in Oberschlesien

In der kommunistischen Presse veröffentlicht Herr Peter Maslowski zwei Artikel unter der Überschrift „Die Kommunisten Oberschlesiens und der Korfanty-Aufstand“. Schon die Nennung des polnischen Anführers zeigt an, daß der Artikelsschreiber den oberschlesischen Aufstand als einen rein nationalistischen charakterisieren will. Diese Auffassung geht auch aus seinen weiteren Ausführungen hervor. So sagt Maslowski, daß die oberschlesischen Arbeiter kein Klassenbewußtsein besäßen und daß sie daher zum Nationalismus geführt worden seien. Kurz vor dem Aufstand hätte das oberschlesische Proletariat begonnen sich gegen die kapitalistische Ausbeutung zu wenden, und diese Stimmung habe der gerissene Politiker Korfanty benützt, um selbst loszuschlagen. Den Arbeitern sei von Korfanty jeder Streik verboten worden, für die Streikpropaganda habe er die Todesstrafe angeordnet. Gegen die Kommunisten hätten die Polen den weißen Terror entfesselt, kein Kommunist sei vor Verhaftung und Totschlag sicher gewesen. Die Aufstandsbewegung habe mehr und mehr einen nationalistischen Charakter angenommen, die aufständischen Arbeiter seien regelrecht militarisiert worden; Korfanty habe eine Söldnerarmee für die Front gebildet und die unbewaffneten Arbeiter zur Arbeit getrieben. Maslowski gesteht ein, daß der Terror die Kommunisten fast völlig aus der Öffentlichkeit vertrieben hat und sich in dieser fast nur nationalistische Kämpfe abspielten. Er hofft aber, daß sich neuer revolutionärer Zündstoff anhäufe, der trotz allem Nationalismus noch immer in sozialrevolutionären Formen zum Ausbruch kommen kann. Maslowski kommt schließlich zu folgendem Ergebnis:

Die Kommunisten Oberschlesiens sind sich dessen bewußt, daß wirklich entscheidende Aktionen unter kommunistischer Führung erst dann möglich sind, wenn die Massen auf den Weg des Klassenkampfes geführt worden sind. In Anbetracht der durch die Ententetruppen, die Orgeschbanden des Arbeiterhelfers Höfe und die Sojowlamannen des reaktionären Korfanty gebildeten äußerst starken internationalen weißgardistischen Formationen sind sich die Kommunisten Oberschlesiens darüber klar, daß der endgültige Kampf zur Erreichung der Macht nur im Einklang und im Kontakt mit dem Proletariat Deutschlands und Polens geführt werden kann.

Damit wird aufs neue der vollkommene Bankrott der kommunistischen Taktik festgestellt. Jeder WC-Schütze des Sozialismus weiß, daß das Proletariat den Sieg nur erringen kann, wenn es in geschlossener Front den kapitalistischen Mächten entgegentritt. Es genügt nicht, daß vom sicheren Schreibtisch aus Parole und Kriegsgeschrei ausgegeben wird, sondern die Massen selbst müssen zum Kampfe bereit sein. Wie in Mitteldeutschland, so haben auch in Oberschlesien die kommunistischen Führer sich selbst und ihre Gefolgschaft über die Situation betrogen. Sie glaubten, wenn sie nach anarchistischer Schablone als „entschlossener Stoßtrupp“ die Reaktion provozieren würden, so hätten sie den Sieg schon in der Tasche. In Oberschlesien konnten sie nur deshalb nicht so großes Unheil über die Arbeiterschaft bringen wie in Mitteldeutschland, weil sie hier trotz erheblicher materieller Zuschüsse so gut wie nichts hinter sich gebracht hatten.

Maslowski gesteht also jetzt ein, daß der oberschlesische Aufstand rein nationalistischen Charakter getragen hat und daß von einem Erwachen des oberschlesischen Proletariats zum Klassenkampf keine Rede sein konnte. Vor Tische aber las man in der kommunistischen Presse ganz anders. Am 4. Mai schrieb die „Rote Fahne“, daß die Stunde für die oberschlesischen Arbeiter beider Nationen gekommen sei, selbst ihr Schicksal in die Hand zu nehmen. Der nationalistische Aufstand „muß und wird umschlagen in den Aufstand der deutsch-polnischen Arbeiter Oberschlesiens gegen die deutschen und polnischen Kapitalisten“. Am 9. Mai ließ das Blatt sich durch ein Privattelegramm aus Oberschlesien melden, daß neben der nationalpolnischen Aktion Korfantis eine revolutionäre Bewegung der oberschlesischen Arbeiter und Bauern gegen die Kapitalisten und Gutsbesitzer einhergehe. In Gleiwitz, Hindenburg, Zabrze und Bismarckhütte seien politische Arbeiterkräfte gewährt worden, die Gruben seien in der Hand der Arbeiter. Wörtlich hieß es in dieser Meldung:

„Allenthalben haben die Arbeiter die Fabriksdirektoren verjagt, und an manchen Stellen haben die Arbeiter bereits die Wälder der Großgrundbesitzer unter sich aufgeteilt. Obwohl ein erheblicher Teil der oberschlesischen Arbeiterschaft gegenwärtig noch von den nationalistischen und sozialreaktionären Phrasen beider wird, gewinnt doch die rein proletarische Bewegung unter kommunistischer Führung immer mehr an Kraft.“

Am 12. Mai meldet die „Rote Fahne“: „Das oberschlesische Proletariat kämpft weiter.“ Die Ententemilitaristen hätten bereits starke Furcht vor dem zunehmenden Klassencharakter der Bewegung. Wir hören dann:

„Wie stellen sich die oberschlesischen Proletariat, die deutschen und polnischen, dazu? Sie kämpfen heldenmütig weiter, sie ringen gegen ihre Verräter. Mögen alle bürgerlichen und menschenfeindlichen Blätter abstreiten, daß sie einen Klassenkampf und keinen Klassenkampf führen. Die Tatsachen sprechen dagegen.“

Am 12. Mai wird berichtet, daß die Ententebehörden mit den Aufständischen ein Abkommen schließen wollten. Der oberösterreichische Klassenkampf gehe trotzdem weiter. Die Geister, die Korjanty tief, denen er Waffen gab, wird er nicht mehr los. Am 13. Mai wird behauptet, sogar die bürgerliche Presse sei gezwungen, zuzugeben, daß die kommunistische Strömung unter den oberösterreichischen Aufständischen immer mehr anwächst. Die nationalpolnische Bewegung sei bereits „in Bolschewismus“ umgeschlagen, das oberösterreichische Proletariat sei darauf angewiesen, „den Kampf durchzuführen für den Sturz beider Bourgeoisien und die Errichtung der Räteherrschaft“. Und an einer anderen Stelle derselben Nummer wird behauptet:

„Die polnischen Arbeiter haben sich bewaffnet und kämpfen gegen die Ausbeuter, die vorwiegend deutschen Unternehmer. Die deutschen Proletarier müssen den proletarischen Selbstschutz organisieren und ihrem Beispiel folgen.“

Am 15. Mai läßt sich die „Rote Fahne“ von ihrem Sonderberichterstattung aus Schlesien melden, daß sich einem Zentralarbeitsrat in Zabrze die Betriebsräte von Gleiwitz, Bismarckhütte, Falvahütte, Hindenburg, Beuthen usw. angeschlossen hätten:

„Die Bildung von Arbeiterwehren aus P. P. S., S. P. D., U. S. P. und K. P. D.-Arbeitern zur Aufrechterhaltung der revolutionären Ordnung ist in Gleiwitz, Zabrze und anderen Orten bereits vollzogen. Der wachsende Macht der Kommunisten gegenüber schwindet Korjantys Einfluß. Die einfachen Proletarier lassen sich durch das nationalistische und verheerende Geschrei der deutschen und polnischen Sozialpatrioten und Gewerkschaftsbureaukraten nicht irreführen.“

Am 18. Mai werden triumphierend einige Meldungen ausländischer Reporter wiedergegeben, wonach der polnische Aufstand in Oberschlesien in „Bolschewismus“ umzuschlagen drohe. Am 20. Mai meldet „unser nach Oberschlesien entsandter Spezialberichterstattung“, daß sich ein allmähliches Abflauen der polnisch-nationalistischen Bewegung zeige. Die Kommunisten hätten jetzt die Möglichkeit, ihre Aufklärungsarbeit weiterzuentwickeln. Am 21. Mai wird die deutsche Sozialdemokratie „zur Unterstützung des oberösterreichischen Proletariats“ aufgerufen. Am 25. Mai wird gemeldet, daß die revolutionäre Bewegung der oberösterreichischen Bergarbeiter anfängt, Korjanty über den Kopf zu wachsen. Einen Tag darauf wird folgendes berichtet:

„Die Arbeiterschaft Oberschlesiens, zum Teil noch immer dem nationalistischen Schwindel erliegend, befreit sich täglich mehr von dem nationalistischen Wahnsinn, wendet sich gegen die Unterdrücker ihrer eigenen Nation, zum Teil noch in unklarer Ballung gegen die Reichs- und Unterdrücker, zu einem täglich wachsenden Teil als Klassenbewußte Kämpfer.“

In dieser Weise wurden die Leser der kommunistischen Presse über die Vorgänge in Oberschlesien länger als einen Monat hindurch unterrichtet. Am 16. Juni endlich durften sie einen Teil der Wahrheit erfahren. Das Zentralkomitee der K. P. D. veröffentlichte nämlich einen Aufruf, worin zugetragen werden mußte, daß der Aufstand „bald in einen nationalpolitischen Fahrwasser geraten“ sei. An der Spitze der Aufstandsbewegung ständen ausgesprochene Kontarrevolutionäre. Gegen die Kommunisten wütet der weiße Schreden.

„Die Klassenbewußte Arbeiterschaft Oberschlesiens ist zu schwach, um sich selber tatkräftig wehren zu können. Wir haben gegen uns einerseits die Gendarmen Korjantys, andererseits die deutschen Orgeschbanditen und drittens — den von den Koalitionsbehörden verhängten Belagerungszustand, der uns jede politische Arbeit und die Aufklärung der breiten Masse der Arbeiterschaft unterbindet, und eine Präventivmaßnahme, die in unseren Zeitungen jeden Protest gegen den Arbeitermord, ja sogar eine einfache Registrierung der von den Korjantengendarmen begangenen Greueln freisetzt.“

Das ist das offene Eingeständnis, daß in diesem Zeitpunkt von einer proletarischen Bewegung gegen das Kapital in Oberschlesien nicht gesprochen werden kann, daß es sich dort um nichts anderes als um die Austragung nationalpolitischer Gegensätze handelt. Als wir das von Anfang an feststellen mußten, wurden wir von den kommunistischen Zeitungsschreibern verhöhnt, und nun müssen sie selbst zugeben, daß sie ihre Gefinnungsgenossen wochenlang angelogen haben, daß sie die einfachen Arbeiter, die die Zusammenhänge nicht ohne weiteres erkennen können, auf die schimpflichste Weise hinter das Licht geführt haben.

Herr Maslawski empfiehlt nur in seinen Artikeln, „nach dem Fehlschlagen mancher hochgesteckten Ziele“ einen „neuen Weg der Taktik“. Das deutsche Proletariat aber in seiner Gesamtheit wird den kommunistischen Schelmen, die in ihrer Taktik von einem Bankrott zum anderen schwanken, die einen großen Teil der Schuld daran tragen, daß die Reaktion sich so erheblich stärken konnte, deutlich zu erkennen geben, daß sie sich niemals mehr dort sehen lassen sollen, wo Arbeiter über ihre eigenen Angelegenheiten beraten!

128 Millionen Vermögenszuwachs

Der Kurs der Aktien der Adler & Oppenheimer Lederwerke, Aktien-Gesellschaft in Berlin, ist von 635 am 18. März auf 1700 am 1. Juli 1921 gestiegen. Das Aktienkapital beträgt 12 Millionen Mark. Der Kurswert derselben ist mithin von rund 76 auf 204 Millionen Mark innerhalb weniger Wochen gestiegen, und die Aktionäre haben mühelos 128 Millionen Mark Vermögenszuwachs zu verzeichnen. Nach der Art des Unternehmens verteilt sich dieser Zuwachs auf sehr wenige Hände. Die Aktien sind größtenteils in Familienbesitz. Es fragt sich nun, welchen Vorteil hat das in noch nie dagewesener finanzieller Not sich befindende Reich an diesem unverdienten Vermögenszuwachs, wie hoch waren die Steuererträge des Reiches aus dem Betrieb der Gesellschaft selbst, wie hoch die Abgabe der Aktionäre aus ihrem wertvollen Besitz an Kriegsabgabe, Reichsnotopfer und Vermögenszuwachs? Die Bilanz des Unternehmens ist noch nicht veröffentlicht, es kann aber schon jetzt gesagt werden, daß die von der Gesellschaft entrichteten Steuern in keinem Verhältnis zum inneren Wert des Unternehmens, der sich in dem Kurs der Aktien ausdrückt, aber auch in keinem Vergleich zu der ungleich höheren Abgabe von 10 Prozent, welchen sich die Arbeiter an ihrem Lohn gefallen lassen müssen, steht.

Noch besser sind die Aktionäre daran, da der Kurs der Aktien an den Veranlagungszeitpunkten, am 30. 6. 1919 und 1. 1. 1920 nur 220 bzw. 410 betrug. Die berufenen Organe der Regierung haben oft genug laut und deutlich verkündet, daß neben den Kriegs- und Nachkriegsgewinnern nicht noch Reparationsgewinnern emporkommen sollen. Diese Reparationsgewinnler fördert sie aber selbst durch hohe Zuwendungen von Entschädigungen. Auch bei den Adler & Oppenheimer-Werten ist die Höherbewertung namentlich auf eine ganz bedeutende Regierungszuwendung für ihre entzogenen elässigen Beteiligungen zurückzuführen. Zurzeit sind solche Höherbewertungen der Industrieunternehmen an der Tagesordnung, wenn sie auch nicht so kraß in die Augen fallen wie bei Adler & Oppenheimer, Sarotti usw.

Ist sich die Regierung darüber klar, daß das Ausmaß dieser Bewegungen der Börse, die ja der Barometer des Wirtschaftslebens sein soll, mit größtem Interesse verfolgt und daraus den Schluß zieht, daß das geldneiche und zerrüttete Deutschland noch weit mehr bezahlen kann, als man ihm auferlegt, und denken die maßgebenden Kreise nicht daran, welche Verbitterung es bei den Arbeitern solcher Betriebe herbeiführen muß, wenn sie sehen, daß wenige Kapitalisten mühelos Millionen einheimsten, während dieselben wenigen Kapitalisten die der heutigen Teuerung schon nicht entsprechenden Löhne herabdrücken?

Das Paradies der russischen Monarchisten

Die bayerische Regierung hat vor längerer Zeit den russischen Monarchisten die Abhaltung eines „Wirtschaftskongresses“ in Reichshall gestattet. Sie hat dann den aus dem Ausland einreisenden russischen Monarchisten die Aufenthaltserlaubnis in Bayern gegeben. Es handelte sich bei diesen Verhandlungen um politische reaktionäre Umtriebe, die nur deshalb keinerlei Erfolg hatten, weil unter den russischen Monarchisten eine derartige Verwirrung und politische Unfähigkeit herrscht, daß sie aus zwecklosen Redereien überhaupt nicht herauskommen.

Dagegen hat die bayerische Regierung dieser Tage den russischen Volkskommissar Kreszinski, der sich zum Kurzaufenthalt mit der Genehmigung des Auswärtigen Amtes in Bayern aufhält, aus Bayern ausgewiesen. Politisch intrigierende russische Monarchisten finden also in Bayern eine Heimstatt, zur Kur weilende Bolschewiken aber werden von der bayerischen Regierung rücksichtslos ausgewiesen. Die Ausweisung verdirbt gegen den kürzlich erst abgeschlossenen

Vertrag und wird deshalb, wie wir hören, eine Protestnote des russischen Sowjetvertreeters Wiktor Kopp zur Folge haben. Wir erwarten, daß die Reichsregierung Energie genug zeigen wird, um die bayerische Regierung in ihre Schranken zurückzuweisen und ihr klarzumachen, daß die außenpolitischen Interessen der deutschen Republik über die reaktionären Gelüste der Kahrregierung hinausgehen.

Schleichwege der Korruption

Der Staatssekretär Bergmann ist in großem Maße an der Lösung des Wiederaufbauproblems sowie an den Lieferungen für den französischen Wiederaufbau beteiligt. Er hat sich dem Reichsdienst zur Verfügung gestellt nur zur Lösung dieser besonderen Aufgabe. Das ist an sich schon bei einem Großindustriellen und Kapitalisten, der später wieder beabsichtigt, in die Industrie zurückzugehen, eine höchst bedenkliche Angelegenheit, denn selbst wenn man seine absolut lautere Gesinnung voraussetzt, so ist doch die Gefahr äußerst groß, daß er bei seiner rein privatwirtschaftlichen Einstellung die nötige Objektivität bei der Verteilung der Lieferungen, selbst wenn diese ihm nicht direkt unterstellt sind, nicht wahrhaftig kann.

Kun hat sich der Staatssekretär Bergmann in den Aufsichtsrat der Deutschen Bank wählen lassen, zwar nicht sofort, aber für den Augenblick, an dem er aus dem Reichsdienst ausscheidet. Das ist im wesentlichen dasselbe, als wenn Herr Bergmann bereits Mitglied des Aufsichtsrates der Deutschen Bank wäre. Er hat als zukünftiges Aufsichtsratsmitglied dieses Konzerns genau dieselben Interessen an der geschäftlichen Entwicklung der Unternehmungen der Deutschen Bank, wie er es als bereits aktives Aufsichtsratsmitglied hätte. Niemand wird zu einem Staatssekretär, der bereits von vornherein privatindustriell gebunden ist, nötiges Vertrauen in bezug auf seine Objektivität haben können.

Der Reichskanzler und der Finanzminister und auch der Wiederaufbauminister werden deshalb der Offenheit ihrer Rechenschaft ablegen müssen, ob sie weiterhin die Tätigkeit des Staatssekretärs Bergmann im Reichsdienst verantworten wollen.

Behörden fördern die technische Nothilfe

Aus Augsburg wird uns mitgeteilt, daß in der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg gegenwärtig alle 14 Tage 8 bis 10 Mann als Maschinisten ausgebildet werden, und zwar für die technische Nothilfe. Um das den Arbeitern des Unternehmens zu verschleiern, erklärte man ihnen zunächst, es seien Leute, die nach Rußland kämen, die nur in der Fabrik ausgebildet werden sollen. In Wirklichkeit handelt es sich in der Hauptsache um Studenten, von denen, nach gewissen Anhaltspunkten zu schließen, einige Marineoffiziere sind oder waren. Als der Betriebsrat wegen der Beschäftigung dieser Personen bei der Betriebsleitung vorstellte, erklärte diese zunächst, überhaupt nichts zu wissen. Erst nach der Mitteilung des Betriebsrates, daß er für die Sicherheit der Personen keine Garantie übernehmen könne, riefte der Direktor mit der Sprache heraus und gab zu, daß es sich um die Ausbildung für die technische Nothilfe handele. Die Fabrikleitung könne aber daran nichts machen, denn sie handele nur auf Befehl des Reichsministeriums des Innern, von dem ein darauf bezügliches Schreiben vorgelegt wurde.

Wir verlangen, daß das Reichsministerium des Innern sich sofort zu diesem Vorwurf äußere, es wäre ein unerhörter Zustand, dem die Gewerkschaften nicht untätig zusehen dürften, daß auf Veranlassung der Reichsbehörden organisierte Streikbrecher herangezogen werden.

Faschisten und Kommunisten. Wie aus Sestri Ponente gemeldet wird, gaben Montag Abend Kommunisten Schüsse auf eine Gruppe Faschisten ab. Die Carabinieri schritten ein und machten von der Waffe Gebrauch. Drei Personen wurden verwundet. Die Kommunisten haben sich in der Arbeitskammer verschanzt, wo sie von dem Faschisten und den Carabinieri belagert wurden.

Das japanische Marinebudget. Nach einer Meldung aus Tokio sieht das japanische Flottenbudget 500 Millionen Yen aus, was heißt so viel wie im vorigen Jahre.

Diesseits des Nürnberger Trichters

Zinette Perspektiven vom 51. Tonkünstlerfest in Nürnberg.

Von Fritz Windisch

Die Tonkünstlerfeste des Allgemeinen Deutschen Musikvereins haben ihre Bedeutung als Repräsentation der empordringenden Kräfte des deutschen Musiklebens verloren. Weit entfernt von den musikkulturellen, fördernden Zielen, die jener Organisation bei ihrer Gründung und unter der Obhut Franz Liszts als leitendes Prinzip galten, sind die alljährlichen Zusammenkünfte allmählich zu einer spleißbürgerlichen, partikularistischen Kongress-Angelegenheit verkommen, wo Vereinsstatuten und Statuten die Hauptpunkte der Tagesordnung bilden, brennende Kulturfragen aber kaum erörtert oder fünf Minuten vor Sitzungsschluss mit dem Hut in der Hand erledigt werden. Kann das Zerbild von dem gegenwärtigen Stand des deutschen Musikschaffens, das sich auf dem diesjährigen Tonkünstlerfest in Nürnberg wiederholte, noch wundernehmen, wenn bei einer Berufsvertretung, die Anspruch erhebt, als exekutiv zu gelten für die geistigen Interessen der gesamten deutschen Musikerschaft, nicht die höchsten künstlerischen Grundkräfte der Initiative eines überragenden Geistes ausschlaggebend sind, sondern die wichtigsten Entscheidungen (zwar nicht sachungsgemäß aber erfahrungsgemäß) in den Händen eines diplomatischen Geschäftsführers liegen, der mit Kunst nicht das geringste zu schaffen und zur Seele des Künstlers keine inneren Beziehungen hat? Es charakterisiert hinreichend das ganze Versammlungsdenken, wenn die Herren vom grünen Tisch erst in den Mitgliedslokalen nachforschen lassen mußten, ob Männer wie Busoni und Pfitner vereinszugehörig seien (im Falle des Erbprinzen zu Neuh-Gera jüngerer Linie wäre man besser unterrichtet gewesen), und es ist bezeichnend für die vorherrschende Gestimmung, daß man über die niederträchtigsten Angriffe gegen die Persönlichkeit Busonis ohne den geringsten Versuch einer offiziellen Klarstellung zur Tagesordnung überging.

In ihrer gegenwärtigen Verfassung bedeutet die Organisation des Allgemeinen Deutschen Musikvereins für das geistige und künstlerische Ansehen der deutschen Musikerschaft nach außen hin eine schwere Gefahr. Es ist nicht ohne Bedeutung, auf die Anwesenheit ausländischer Vertreter beim Nürnberger Tonkünstlerfest und den wenig wohlklingenden Widerhall in der ausländischen Presse hinzuweisen. Mit allem Nachdruck muß die Frage wiederholt werden, wer ist verantwortlich für die teilweise unqualifizierbaren Produkte, die unter der effektvollen Zusammenfassung zeitgenössischer Musik eine Frage deutscher Kultur abgeben? Die selbstbefriedigende Antwort des Vorsitzenden Dr. Köhler (der überhaupt nur selbstbefriedigende Erwiderungen er-

teilt): „Natürlich der gesamte Musikausschuß“ ist keineswegs beim nächsten Zusehen so natürlich. Die Namen gewisser Persönlichkeiten im Musikausschuß genügen, um zu wissen, daß die Auswahl der in Nürnberg aufgeführten Werke unter keinen Umständen einstimmig erfolgt sein kann. Es liegt also schon hier eine Verdrängung der Tatsachen vor. Weit wichtiger aber ist es noch, festzustellen, daß die Aufführung bestimmter Werke nicht einmal auf Majoritätsbeschluss erfolgt sein kann, da eine Kenner-Majorität aus Männern wie E. N. von Reznicek, Georg Schönnemann und Heinz Tieffen besteht. Hier ist etwas faul in der Vereinsmonarchie Köhls, was restlose Aufklärung fordert!

Abgesehen von diesen dunkeln Verhältnissen kann der Vorwurf gegen den Musikausschuß nicht unausgesprochen bleiben, daß er bisher nicht mit der erforderlichen Tatkraft und Liebe und dem nötigen Verantwortlichkeitsgefühl zu Werke gegangen ist. Es gilt nicht nur, 250 eingereichte Partituren mehr oder weniger sorgfältig zu sichten, aus denen sich stets nur eine unzureichende Ausbeute an Brauchbarem ergeben wird, sondern viel notwendiger ist es, Fühlung mit den lebendigen Kräften zu nehmen, nach allen Seiten hin anregend zu wirken und befähigte Musiker zur Einteilung ihrer Werke aufzufordern. Der Zweck eines Tonkünstlerfestes mit zeitgenössischer Musik kann es nicht sein, nur vollkommenen In-sich-Gerechtes zu bieten, sondern gerade Sturm und Drang sollen in hohem Maße zur Auswirkung kommen und zur Kritik gestellt werden; aber man verschone uns mit allen Konzessionen gegen veraltete Arien oder kompositorische Doktorarbeiten. Und dann keinen Musikparlamentarismus mehr mit Rechts- und Linksrichtung, sondern einzig und allein Erkenntnis der musikalisch inspirierten Werte, die sich tonal oder atonal, in Sonatenform oder ungebundener Melodik, in einfachen Dreiklängen oder Viertonklängen äußern können, wenn nur ein ganzes Herz dahinter spürbar wird.

Weit schlimmer als um die Vertretung der künstlerischen Interessen ist es um die Wahrnehmung der Berufsinteressen im Allgemeinen Deutschen Musikverein bestellt. Es soll nur eine charakteristische Fall herausgegriffen werden. Eingehend wurde die Frage der Kulturabgabe erörtert, und man kam zu dem Vorschlag, das zusammenliegende Kapital zu verwenden, um einzelnen Verlegern weniger rentable Verlagsverhandlungen abzulaufen. Sollten die sonst so tüchtigen Geschäftsmänner nicht von vornherein durchsichtiger haben, daß durch ein derartiges unkluges Verfahren das Risiko des einzelnen Verlegers um nichts vermindert und die Abnahmefähigkeit der Komponisten auch nicht um ein Prozent gesteigert wird? Keiner sprach den Gedanken aus, der so unmittelbar nahe lag, daß wohl noch niemals eine günstigere Gelegenheit geboten war als die gegenwärtige, um endlich den ersten Genossenschaftsversatz ins Leben zu rufen.

Eine unverantwortliche egozentrische Interessenpolitik wird im Allgemeinen Deutschen Musikverein getrieben, und das ist um so verderblicher, als durch den Vorherrschen dieser Korporation die deutsche Musikerschaft im Reichswirtschaftsrat vertreten wird. Es sind unglaubliche Mißstände, wenn ein Laienpublikum (das gewiß dem Verein erhalten bleiben soll) als stimmberechtigt bei wichtigen sachlichen Entscheidungen fungiert (die indifferente Majorität!) und wenn öffentliche Resolutionen dem Gremium der deutschen Musikerschaft unterstellt werden, wo nur eine verschwindende Minorität im Allgemeinen Deutschen Musikverein vertreten ist und von führender Stelle der Erneuerung der Organisation mit allen Mitteln entgegengearbeitet wird. Denn dem Präsidium Köhls ist es längst klar, daß es in dem Augenblick verspielt hat, wo das Gros der Musikerschaft von dem organisierten Vermächtnis Liszts Besitz ergreift und der Künstler sich wieder zum Wort meldet.

Der Reichswehrbesatz des deutschen Arbeiter-Theaterbundes des 3. Bezirks Groß-Berlins brachte am Sonntag, den 3. Juli, in den Pharusälen zunächst eine Vormittagsandacht seiner Anhänger im Garten des Pharus-Etablissements, wo ein Mitglied des Proletariats, Genosse Schula, einen Vortrag über die Ziele des Bundes hielt. Er führte aus, daß die Parole: „Aus dem Volk, für das Volk!“ den revolutionären Charakter der Aufführungen festlegen und andeuten soll, daß das Klassenkampf-drama gepflegt werden soll. In der Diskussion trat ein Schauspieler und Regisseur, Genosse Kaiser Bernhardt, für die künstlerische Erhebung der proletarischen Theaters bemängelte, was zwar ziemlich erregten Widerspruch hervorrief, aber doch nicht verhinderte, daß man ihm selbst um keine Mitarbeit bat. — Im weiteren Verlauf wurde am Abend das Dr. Kampffsche Revolutionsdrama „Am Vorabend“ gegeben, das die Kämpfe der Vorkämpfer der russischen Revolution schildert und den stillen Helden von 1905 gewidmet ist. Das Stück hat viele Schwächen. — Leere Stellen, eine unglücklich angelegte Prologepisode des Helden (nota bene: Die „Helden“ sollen verschwinden, sind aber nicht tot zu kriegen!) und klappenden Gang der Handlung. Die Aufführung ist an den angebotenen Mängeln. — bei lauter Dilettanten kein Wunder! — Immerhin wäre zu wünschen, daß in Hinblick auf die Tendenz etwas daraus würde! Also nur weiter und tüchtig und kritisch gearbeitet!

H. M.

Chinesische Revolutionserinnerungen. Sun Yat-sen, der erste Präsident der chinesischen Republik, der gegenwärtig an der Spitze der großen Provinz Canton steht, hat ein Buch geschrieben, in dem er seine Erinnerungen an die Revolution niederlegt und zugleich die Entwicklung seines Vaterlandes schildert. Das Werk bringt Enthüllungen über bisher unbekannt Einzelheiten, die zu der Umwälzung im chinesischen Staat führten. Die englische Ausgabe wird seinen alten Freunden Sir James und Lady Conkling gewidmet sein, „die mit einst das Leben retteten“.

Nordprozeß Tisza

Der Kiesenprozeß gegen die angeblichen Mörder des Grafen Stephan Tisza, der seit nunmehr fast drei Monaten in der ungarischen Hauptstadt verhandelt wird, nähert sich allmählich seinem Ende. Es sind bisher 120 Zeugen vernommen worden, deren Aussagen sich oft gegenseitig widersprechen und jedenfalls keine volle Klärung des Tatbestandes gebracht haben. Als bisheriges Ergebnis des sensationellen Verfahrens und aufregenden Zwischenfällen reichen Prozesses läßt sich folgendes sagen: Die Verteidigung des Hauptangeklagten, des ehemaligen Ministerpräsidenten Stephan Friedrich, hat mit Erfolg den Beweis dafür angetreten, daß die Anklage gegen ihn wegen der Unterstützung zum Mord auf einer Hege beruht, die von einer gewissen, der Familie des ermordeten Tisza nahestehenden Clique betrieben wurde. Wenn diesen Kreisen auch ihr Zweck, den verhassten Emporkömmling Friedrich auf diese Weise zum Mörder zu stempeln, nicht gelungen ist, so war doch die Beweisaufnahme für den Angeklagten insofern sehr unangenehm, als sie dessen ganze dunkle Vergangenheit aufrollte und ihn als politischen Abenteuerer entlarvte. Es wurde festgestellt, daß Stephan Friedrich, der bekanntlich nach dem Sturz des Bela-Khun-Regimes die ungarische Gegenrevolution leitete, im Jahre 1918 ein begeisterter Revolutionär war, als Staatssekretär in das Kabinett Karolyi eintrat und sich damals als Beschützer des Jubentums und sogar als Protokollar einer Fisionistengarde aufspielte, während er bekanntlich kaum ein Jahr darauf die extremste antisemitische Bewegung leitete. Infolge dieser Enthüllungen ist die sozialistische Partei von ihrem einstigen Führer Friedrich abgerückt.

Der zweite Hauptangeklagte ist der Journalist Keri, der ehemalige Intimus des Grafen Karolyi. Die gegen ihn aufgeworfenen Beschuldigungen sind zum Teil recht lächerlich, so daß ihre Aussagen kaum eine genügende Handhabe bieten dürften, um den Angeklagten zu verurteilen. Gegen den dritten Hauptangeklagten, den ehemaligen oppositionellen Abgeordneten Fónyes, konnte auch nicht der Schatten eines Beweises erbracht werden. Während die übrigen Mitangeklagten schuldig sind, wird die noch ausstehende Vernehmung der restlichen 30 Zeugen ergeben müssen. Schon jetzt aber läßt sich voraussagen, daß das endgültige Ergebnis des Prozesses in seinem Verhältnis zu der aufgewendeten Zeit steht und ganz sicher keine reifliche Klärung des Dramas bringen wird, dem der größte Repräsentant des vorrevolutionären Ungarns zum Opfer fiel.

Der 3. Kongreß der 3. Internationale

Hinauswurf der Italiener — Ultimatum an die KAPD.

Im Exekutivkomitee des Kongresses der 3. Internationale ist es bei der Stimmenverteilung unter die einzelnen Länder zu erregten Auseinandersetzungen gekommen. Die Anträge Kadeks wurden heftig mit dem Hinweis bekämpft, daß es unzulässig sei, den vagen Begriff von der politischen Bedeutung eines Landes zur Richtschnur zu nehmen. Die Mehrheit nahm jedoch die Thesen Kadeks an, der die Verteilung der beschließenden Stimmen auf dem Kongreß nach der Mitgliederzahl der beststehenden Landesparteien ablehnt. Kadek legt das Hauptgewicht auf den Grad der Entwicklung der kommunistischen Arbeiterbewegung in den einzelnen Ländern, da sonst eine Abhängigkeit von rückständigen, wenn auch bevölkerungsreichen Ländern zu befürchten sei. Danach stehen Deutschland, Frankreich, Italien, Sowjetrußland und die Tschechoslowakei mit je 40 Stimmen an der Spitze, während beispielsweise England, Amerika und die Ukraine nur je 30 Stimmen erhalten haben. Den Orientländern sind nur beratende Stimmen zugewilligt worden.

In der Sitzung vom 1. Juli sprach Kadek über die Taktik der kommunistischen Internationale, die nur durch Bildung von Massenparteien das Proletariat weiter revolutionieren könne. Die deutsche Marxaktion sei daran gescheitert, daß die Massen nicht genügend vorbereitet waren. Die Taktik der italienischen sozialistischen Partei wurde durch Lazzari und Ruffi verteidigt, die eine energische Zurückweisung durch Lenin und ebenso durch Clara Zetkin fanden, die den entschiedenen und sofortigen Bruch mit den Reformisten forderten. Die nach einigen weiteren Reden Trotski u. a. vom Kongreß einstimmig angenommene Resolution verlangt von den italienischen Sozialisten die sofortige Entfernung der Reformisten aus der Partei, widrigenfalls die italienische sozialistische Partei aus der kommunistischen Internationale ausscheide. Was die kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands betrifft, so wird auch ihr, unter Androhung des Ausschlusses, das Ultimatum gestellt, sich binnen kurzer Frist mit der Vereinigten kommunistischen Partei Deutschlands zu

DE. Teristi, 5. Juli.

Spittlers Kriegsgrede

Zu den angesehenen Persönlichkeiten des Auslandes, die sich im Kriege durch ihre Stellung zu Deutschland den Haß der nationalistischen Öffentlichkeit zugezogen hatten, gehörte auch der Dichter Carl Spitteler. Die Rede, die Spitteler damals hielt, war natürlich in Deutschland im Wortlaut gar nicht verbreitet worden, sondern wie stets (und noch immer) nur ein lügender Auszug, aus dem die Gesinnung der Ansprache nicht zum Ausdruck kommen konnte. Es ist ein Verdienst der „Tat“, der im Verlag Diederichs, Jena, erscheinenden Monatschrift, daß sie endlich an sichtbarer Stelle Spittlers Rede im Wortlaut wiedergegeben hat. Wir wissen, daß viele vom Krieg und den unglücklichen persönlichen Streitigkeiten jener schmutzigen Zeit nichts mehr wissen wollen. Aber selbstverständlich kann uns das nicht hindern, uns immer wieder mit jener Epoche zu befassen, und gerade um der Veröhnung willen die einzelnen „Fälle“ klarzustellen. Dazu gehört selbstverständlich auch der Fall Spitteler. Und zwar um so mehr, als auch einem Spitteler das Schmutzigste entgegengeworfen wurde, was sich überhaupt denken läßt: er dürfe nicht gegen Deutschland Partei nehmen, weil er in Deutschland viele Leser hätte und — man schämt sich, es zu wiederholen — dadurch viel Geld verdient habe!

Lesen wir heute Spittlers Rede in der „Tat“ nach (12. Jahrgang, Heft 10), so ergreift uns die außerordentliche Menschlichkeit und geistige Reinheit ihres Gehalts. Spitteler versucht mit mühseliger Neutralität allen kriegführenden Staaten gerecht zu werden, und gerade der „arozherzigen Weise“, mit der Deutschland die Schweizer Meister aufgenommen hat, zollt Spitteler das größte Lob. Die tief internationale Gesinnung, aus der heraus Spitteler alle Länder zu würdigen versteht, denen die Kultur zu Dank verpflichtet ist, die hohe Achtung, die er auch den kleinsten Völkern zollt (die besonders von Deutschland oft so verächtlich behandelt wurden), das alles zeugt von einer Gesinnung, die auch heute noch im „neuen“ Deutschland ganz vereinzelt dasteht und die geeignet ist, gerade unsere führenden Intellektuellen tief zu beschämen. So, wenn er sagt: „Für uns sind die Serben keine „Bande“, sondern ein Volk. Und zwar ein so lebensberechtigtes und achtungswürdiges Volk, wie irgend ein anderes. Die Serben haben eine ruhmvolle, heroische Vergangenheit. Ihre Volkspoesie ist an Schönheit jeder anderen überbärtig. Ihre Volkspoesie sogar überbärtig. Denn so herrliche epische Gesänge wie die jehischen hat seit Homers Zeiten keine andere Nation hervorgebracht. Unzere Schweizer Ärzte und Krankenwärter, die aus dem Balkankriege zurückkehrten, haben uns von den Serben im Tone der Sympathie und des Lebens erzählt. Aus solchen Zeugnissen haben wir uns unsere Meinung zu bilden, nicht aus der in Leidenschaft befangenen Kriegspresse.“

sammenszuziehen. Die 21 Bedingungen des zweiten Kongresses der kommunistischen Internationale sollen auch ferner streng und unnahelegig durchgeführt werden, um alle reformistischen und opportunistischen Bestrebungen im Keime zu ersticken.

Vorschläge zur Erwerbslosenfürsorge

Der wirtschaftspolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrats hielt am 5. Juli eine gemeinsame Sitzung mit dem sozialpolitischen Ausschuß ab, um über die Vorschläge des gemeinsamen Unterausschusses zur Erwerbslosenfürsorge zu beraten. Dabei wurden die Vorschläge des Unterausschusses, wie den WPV mitgeteilt wird, einstimmig gutgeheißen und eine allgemeine Begründung mit Mehrheit angenommen.

Zu dem Kapitel „Unterstützende Erwerbslosenfürsorge“ schlägt der Reichswirtschaftsrat folgende Forderungen vor:

1. der beschleunigte Erlass der Gesetze über den Arbeitsnachweis und die Arbeitslosenversicherung.
2. Bis dahin hat in Fällen dringenden Bedarfs eine Erhöhung der Erwerbslosenfürsorge nach folgenden Richtungen hin zu erfolgen: a) bei andauernder Erwerbslosigkeit über 4 Wochen durch Erhöhung der Unterstützungssätze; b) bei einer Fortdauer der Erwerbslosigkeit über 3 Monate außerdem durch Naturalzulagen; c) im Rahmen der bestehenden Erwerbslosenunterstützung durch eine Erhöhung der Unterstützungssätze für Weibliche und Jugendliche. Durch diese Erhöhungen darf allerdings die notwendige Spannung zwischen den Unterstützungssätzen und den normalen Arbeitslöhnen der einzelnen Personengruppen nicht gefährdet werden.
3. In Gemeinden mit großer Erwerbslosigkeit hat eine anderweitige Bestellung der Erwerbslosenlöhne zugunsten der Gemeinden zu erfolgen.

Unter „Produktiver Erwerbslosenfürsorge“ wird gefordert: a) mögliche Verbreiterung der Basis der Auftragsvergebung und mögliche Berücksichtigung aller Betriebe mit hinreichender Leistungsfähigkeit; b) bevorzugte Beteiligung der Gebiete mit übermäßig hoher oder langandauernder Erwerbslosigkeit, unter Umstellung auf andere Erzeugnisse; c) Verbreiterung der Arbeitsgelegenheit innerhalb der einzelnen Betriebe, so durch Kurzarbeit, jedoch ohne daß dadurch eine Erschütterung der Produktion eintritt.

Daß die Ausschüsse des Reichswirtschaftsrates die Forderungen der sozialistischen Fraktionen und des A. D. G. B. abgelehnt haben, wurde schon berichtet. Jetzt sollen diese Vorschläge ein Pfälzerchen sein, das nicht die Wirkung haben kann, die Arbeiterschaft zu beschwichtigen. Zur Beurteilung der Vorschläge zur unterstützenden Erwerbslosenfürsorge müssen die Beträge der angeregten Erhöhungen abgewartet werden, die produktive Erwerbslosenfürsorge aber würde auch nach der Verwirklichung dieser Anregungen so unproduktiv bleiben, wie sie bisher war.

Nichteingezogene Konjunkturgewinne

Warum es kein billiges Schuhwerk gab

Der Volkswirtschaftliche Ausschuß des Reichstags wandte sich in der Dienstsitzung der Besprechung der Konjunktur-Gewinnabgabe auf dem Hütten- und Ledermarkt zu. Berichterstatter Abg. Brandes (U. Soz.) befragte die Denkschrift der Reichsleidergesellschaft über die Konjunktur-Gewinnabgabe der an der Hütten- und Lederwirtschaft beteiligten Erwerbstätigen. Während die Mai-Gewinnabgabe fast reiflos mit 88,9 Millionen Mark eingegangen ist, ist durch das widersprüchliche Vorgehen des Reichswirtschaftsministeriums von den 74,5 Millionen Mark an Barabgaben, nur 42 Millionen Mark, von den 46 Millionen Mark an Sachabgaben nur 20 Millionen Mark eingegangen.

Den Vorteil hätten die größten Lederfabrikanten.

den Schaden hätten die Verbraucher, denen durch diese Gewinnabgabe verbilligtes Schuhwerk zugeführt werden sollte. Ist die Regierung bereit, nachträglich ihre Stellung zu ändern und die Abgabe reiflos, entsprechend der ersten Verordnung einzuziehen?

Abg. Simon-Franken (U. Soz.) ist der Meinung, daß in dieser Frage das Reichswirtschaftsministerium einfach dem Einflusse der großen Lederfabrikanten unterlegen ist. — Ein Regierungsvortrag widerpricht den Ausführungen der Vorredner: Aus technischen Gesichtspunkten heraus hat das Reichswirtschaftsministerium zu einer anderen Auslegung der Verordnung kommen müssen. Dies war in einer Verfügung vom Oktober 1920 zu sehen. Diese Verfügung hat sich auf die vom Ausschuß behandelten Ausnahme-

Ganz wundervoll sind auch die Sätze, in denen Spitteler sagt, wie sich der Neutrale allen Kriegführenden Mächten gegenüber verhalten sollte: Bescheiden, ehrerbietig wie vor einem Krankenbett.

Und in gleichem Sinne schließt er seine Rede: „Auf der Szene herrscht die Trauer, hinter der Szene der Mord. Wohin sie mit dem Herzen hören, sei es nach links, sei es nach rechts, hören sie den Jammer schluchzen, und die jammernden Schluchzer tönen in allen Nationen gleich, da gibt es keinen Unterschied der Sprache. Wohlan, fassen wir angesichts dieser Unsumme von internationalem Leid unsere Herzen mit schweigender Ergriffenheit und unsere Seelen mit Andacht, und vor allem, nehmen wir den Hut ab. Dann stehen wir auf dem richtigen neutralen, dem Schweizer Standpunkt.“

Spitteler wurde wegen dieser Rede in der gesamten deutschen Presse mit wenigen Ausnahmen wie ein Verbrecher behandelt. Nun liegt die Rede seit Monaten vor. Wie uns der Verlag mitteilt, hat bisher noch kein Duzend Zeitungen die Angriffe widerstanden, die Beselidigungen zurückgenommen. Alle großen Blätter fehlen. So kann man sich nicht wundern, wenn das Volk sich daran gewöhnt, Lüge und Zeitung für dasselbe zu halten.

Die Würzburger Residenz als Museum. Die Würzburger Residenz, einer der prächtigsten Barockbauten Deutschlands, ist jetzt dem öffentlichen Besuche freigegeben worden. Eine Ausstellung der Pläne Baldobair Keumanns, in dem man bis vor kurzem den Schöpfer des Schöndorfer Schlosses sah, wurde gleichzeitig eröffnet. Einige Nebenräume sollen die neuere Kunst von Würzburg zeigen. Die Treppenhäuser, besonders die von dem alten italienischen Meister Tiepolo ausgefalten, blieben unangezapft.

Der Prozeß um den Organisationszwang. Gegen das Urteil des Kammergerichts in der Feststellungsfrage Alfred Abels gegen den über ihn von der Bühnengemeinschaft verhängten Bonfott haben die unterlegenen Parteien, die Bühnengemeinschaft und der Deutsche Bühnenverein, Revision eingelegt, so daß die Sache noch an das Reichsgericht gelangt.

Die neue Nummer der „Freien Welt“, die der „Freiheit“ morgen, Donnerstag früh, beiliegen wird, enthält folgende Beiträge: Charles Swaisfield: Die Erzählung des Obersten Morfa. — Hans Siemsen: Stiefkinder der Literaturgeschichte. — W. Schmidt: Pflege und Haltung von Terrarien und Aquarien. — Der Sternenhimmel im Juli. — Laube und Garten: Tündern der Fiegen. Vom Gießen im Gartenbau. Eingewöhnten gefausten Geflügels. Kompostbereitung.

Tages-Notizen

Thesen. Die G. T. S. S. spielt Donnerstag zum erstenmal „Zwei Saiten“ von Schöndorfer, Gewandhaus zum erstenmal „Zehn von Tullow“.

punkte bei der Einziehung der Gewinnabgabe stützen müssen. — Reichswirtschaftsminister Schmidt gab einen kurzen Rückblick über die ganze Sachlage. Als die Freigabe des Leders erfolgte, hatten sich die Interessenten bereit erklärt, einen Teil des Konjunkturgewinnes abzugeben. Bei dieser Konjunkturgewinnabgabe sollte derjenige milder besteuert werden, der sein Leder nicht zu dem

enorm in die Höhe gestiegenen Konjunkturpreis,

sondern zu dem Richtpreis abgeben würde. Es hat sich nun herausgestellt, daß zumal die großen Fabrikanten ihre Vorräte nicht zu Konjunkturpreisen, sondern zu Richtpreisen verkauft hätten. Das ist übersehen, aber durchaus auch erklärlich. Gerade sehr große und angelegene Firmen haben es vielleicht nicht ganz fair gefunden, die Konjunktur in so enormer und ungelöster Weise auszunutzen. Selbstverständlich muß mit aller Schärfe nachgeprüft werden, ob die Angaben der Firmen auch stimmen, daß sie tatsächlich zu Richtpreisen verkauft haben. Aber ein Vorzug, der an und für sich bei Feststellung der Verordnung darin enthalten war, darf nun gegenüber den großen Firmen nicht unwirksam gemacht werden, lediglich deshalb, weil es sich um kapitalkräftige Unternehmer handelt.

Nach weiteren Bemerkungen der Abg. Lange, Hegermann (Ztr.) und Reinath (Dem.), erklärt Reichswirtschaftsminister Schmidt zu den Ausführungen über eine Verschmelzung der Arbeiterverwertungsstelle mit der Reichsleiderfürsorge, daß etwas derartiges zunächst gar nicht in Betracht käme. Selbstverständlich müßten an den etwa eintretenden Verlusten auch die an der Arbeiterverwertungsstelle beteiligten Privatfirmen partizipieren. Eine Verschmelzung der beiden Kriegsgesellschaften käme erst dann in Frage, wenn alle Privatbeteiligten ausgeschlossen wären. — Weiterberatung Mittwoch.

Auflösung der Stadtverordnetenversammlung in Stendal. Nachdem die sozialistische Stadtverordnetenmehrheit ihre Mandate niedergelegt und dadurch die Beschlussunfähigkeit der Stadtverordnetenversammlung herbeigeführt hat, hat das preussische Staatsministerium gemäß § 79 der Städteordnung und Artikel 82 der Verfassung vom 30. November die Stadtverordnetenversammlung für aufgelöst erklärt.

Gehaltsforderungen der Wiener Kommunalbeamten. Die Angehörigen der Kommune Wien haben neue Gehaltsforderungen erhoben, und zwar verlangen sie die Erhöhung der bisherigen Bezüge um 50 Prozent und der Teuerungszulagen um 33 000 auf 66 000 Kronen. Der Mindestbezug würde sich dann auf 9 000 Kronen jährlich stellen. Nach deutschem Gelde sind das bei dem heutigen Stande der Kronen etwa 10 000 Papiermark.

50prozentige Erhöhung der Fahrpreise in Polen. Das polnische Eisenbahnministerium gibt bekannt, daß mit dem 1. Juli eine Erhöhung des Eisenbahntarifes für Personenverkehr um 50 Prozent eintritt.

Groß-Berlin

Scharfmachermassnahmen gegen die Gutsarbeiter

Der „Vorwärts“ heuchelt in der heutigen Morgennummer ein Interesse für die städtischen Gutsarbeiter, daß in einem auf-fallenden Widerspruch zu dem Verhalten seiner Parteigenossen sowohl im Stadtparlament als auch im Magistrat steht. Der zur Prüfung der Forderungen der Gutsarbeiter eingesetzte Stadtverordneten-ausschuss bestand aus 15 Mitgliedern, wovon acht Sozialisten waren, nämlich vier U. S. P., drei S. P. D. und ein A. P. D.-Mitglied. Es standen zwei Forderungen, nämlich eine zehnprozentige Lohnzulage und das Mitbestimmungsrecht der Gutsarbeiter, zur Verhandlung. Während sich die Genossen anderer Fraktion und die Kommunisten energisch für beide Forderungen einsetzten, haben die Rechtssozialisten beide Forderungen zu Fall gebracht. Unmittelbar vor der Abstimmung über die Lohnzulage verließ der Rechtssozialist Dr. Borcardi die Sitzung, wobei er ganz genau wissen mußte, daß dadurch die Forderungen der Gutsarbeiter bei der Abstimmung durch das eingetretene Stimmenverhältnis, 7 zu 7, zu Fall gebracht werden mußte. Gegen die andere Forderung nach Mitbestimmungsrecht stimmten auch die beiden anderen in der Sitzung geliebten Rechtssozialisten.

Nun hat sich am Dienstag der Magistrat mit der Angelegenheit beschäftigt. Wieder war die Stellungnahme der Parteien dieselbe: Während die Magistratsmitglieder der U. S. P. und A. P. D. sich für eine Besichtigung mit den Gutsarbeitern einsetzten, bildeten die Rechtssozialisten mit den bürgerlichen Magistratsmitgliedern die beliebte Einheitsfront gegen die Arbeiter. Nur dadurch war es möglich, daß ein detariiger Magistratsbeschluss zustande kam: Sofortige Einziehung der Deputate und Kündigung der nicht arbeitswilligen Gutsarbeiter. Der „Vorwärts“ stellt heute morgen fest, daß die Organisation der Großagrarier, der Landbund, in dieser Bewegung dem Berliner Magistrat seine Unterstützung leiht, und bemerkt dazu, diese Tatsache sollte den sozialistischen Magistratsmitgliedern zu denken geben. Nun, wir gestatten uns, den „Vorwärts“ darauf hinzuweisen, daß ihm das Verhalten seiner Parteigenossen zu denken geben sollte, die in der Sache eben eine Stellung eingenommen haben, wie das sonst nur großagrarische Scharfmacher zu tun pflegen.

Wie man sich in Berlin B amüsiert

Wegen Veranlassung von Naktanzungen hatten sich vor einiger Zeit vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte der Tänzer Bod und ein Fräulein Rebenitsch zu verantworten, wurden aber von der Anklage der Erregung öffentlichen Aergernisses freigesprochen, während der Kaufmann Kurt Kohn wegen Schankvergehens zu 2000 Mark Geldstrafe verurteilt wurde. Hiergegen legte die Staatsanwaltschaft und Rechtsanwalt Bahn Berufung ein.

Vor der Strafkammer wurde die ganze Angelegenheit nun noch einmal eingehend erörtert. Kohn hatte in einer abgemieteten Privatwohnung in der Friedrich-Wilhelm-Strasse einen abgedeckten Nachtbetrieb unterhalten, in dem angeblich die „beste Gesellschaft“ verkehrt haben soll. Als besondere Attraktion war das Tänzerpaar Bod und Rebenitsch engagiert worden. Das Mädchen soll bei dem Schein einer roten Ampel, nur mit einem Schleier bekleidet, den sie auseinanderbreitete, Apachentänze mit Bod getanzt und dadurch das Schamgefühl verletzt haben. Der Zutritt zu diesen intimen Darstellungen war gegen Zahlung von 10 Mark möglich; das Hauptgetränk der Gäste bildete Sekt zu 120 Mark die Flasche. Eines Abends erschienen in diesem „Kunstempel“ zwei Kriminalbeamte, sahen sich den Tanz an und schlossen unter Protest der Gäste das Lokal. Gegenüber dem Antrage des Staatsanwalts auf drei Monate Gefängnis, beantragten die Rechtsanwälte der Angeklagten die Freisprechung, indem sie das Moment der Oeffentlichkeit bestritten und behaupteten, daß sich andere Aufführungen schon viel „nackter“ gezeigt hätten; außerdem hätten nicht einmal die Beamten „Aergernis“ genommen, sondern das Lokal nur wegen Gewerbevergehens geschlossen.

Das Gericht schloß sich diesen Ausführungen im wesentlichen an, es sprach die Angeklagten aus § 183 des Strafgesetzbuches frei, erhöhte aber die Strafe wegen Schankkonvention auf 5000 M.

Warum auch nicht? Das dumme Volk wird zwar das Urteil nicht verstehen, aber es kommt doch darauf an, daß die Berlin-W-Herrschaften nicht in ihrem Vergnügen gestört werden. Außerdem hat das Gericht volles Verständnis dafür, daß für derartig wichtige Veranstaltungen selbst bei der herrschenden Wohnungsnot die Vergabe einer Privatwohnung nötig war.

Es scheint, als ob nicht nur Herr Jagow, sondern unsere ganze herrliche Justiz kalte Abreibungen nötig hätte!

Drei Elektrobus-Linien genehmigt

Der Berliner Polizeipräsident hat der Elektrobus G. m. b. H. die Genehmigung für die Eröffnung folgender drei Linien erteilt, die alle ihren Ausgangspunkt vom Stephanplatz in Moabit haben sollen: Linie 1 geht durch die Stephanstraße, Stromstraße, Alt-Moabit, Hohnowstraße, Helmholzstraße, Dosestraße, Dosebrücke, Cauerstraße, Berliner Straße, Hardenbergstraße, Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche, Tauentzienstraße, Wittenbergplatz, Ansbacher Straße, Neue Ansbacher Straße, Landshuter Straße, Bayrischer Platz, Salzburger Straße, Rathaus Schöneberg, Martin-Luther-Straße, Hauptstraße, Rheinstraße, Kaiserliche Friedenan. Linie 2 nimmt ihren Weg von Alt-Moabit durch die Kirchstraße, Moabiter Brücke, Brüdenallee, Großer Stern, Hofjägerallee, Von-der-Heydt-Straße, Königin-Augusta-Straße, Potsdamer Brücke, Potsdamer Straße, Potsdamer Platz, Leipziger Straße, Spittelmarkt, Wallstraße, Märkischer Platz, Wailendbrücke, Stralauer Straße, Holzmarktstraße, Breslauer Straße, Schleißer Bahnhof. Linie 3 befährt die Stephanstraße, Turmstraße, Rathenower Straße, Invalidenstraße, Wilhelmstraße, Friedrich-Karl-Ufer, Alsenbrücke, Alsenstraße, Königsplatz, Simonstraße, Sommerstraße, Badapeterstraße, Potsdamer Platz, Königgräzer Straße, Anhalter Bahnhof, Anhalterstraße, Wilhelmstraße, Hallesches Tor, Wülcherplatz.

Das neue Verkehrsunternehmen hat bereits über 30 elektrisch betriebene Kraftwagen in Auftrag gegeben, deren Lieferung sich aber so verzögert, daß die Betriebseröffnung kaum vor dem 1. Januar 1922 wird erfolgen können. Die neuen Wagen werden bei einer Betriebszeit von 16 Stunden in einem Abstand von 10 Minuten verkehren. Sie enthalten 20 Sitzplätze und 18 Stehplätze, und haben teils Quer-, teils Längsbänke. In Fortfall kommen dagegen die Decke, damit der Verkehr sich schneller abwickeln soll. Die Fahrpreise dürften sich voraussichtlich an die der Autobusse anlehnen, doch liegen bestimmte Beschlüsse noch nicht vor.

Zur Einschränkung des Heißkättenbetriebes. Der Magistrat ist, einem Beschlusse der Stadtverordnetenversammlung beistehend, beim Reichsminister des Innern und bei dem Minister für Volkswirtschaft am 3. Juni 1921 vorstellig geworden und hat nachdrücklich ersucht, Maßnahmen zur Verhütung der geplanten Schließung bzw. Einschränkung des Betriebes von Heißkätten durch die Landesversicherungsanstalt Berlin zu treffen. Inzwischen ist jedoch die Schließung der Heißkätte für tuberkulöse Kinder in Lichtenberg erfolgt. Nach einer Mitteilung der Landesversicherungsanstalt waren tuberkulöse Kinder in der Anstalt nicht vorhanden. Die wenigen unterernährten Kinder, die sich in der Anstalt befanden, sind in der Anstalt in Buch aufgenommen.

Englische Kriegsdienstverweigerer bereiten augenblicklich beschworene Deutsches, um mit deutschen Pazifisten Fühlung zu nehmen und den Versuch zu machen, wieder freundschaftliche Beziehungen zwischen den beiden Ländern herzustellen. Es handelt sich hierbei um Männer, die sich während des Krieges entschieden geweigert haben, Kriegsdienste zu tun oder durch Vergabe von Geldmitteln und Arbeitskraft die Kriegsführung in irgendeiner Weise zu fördern. Sie haben diesen Standpunkt auch trotz schwerer Gefängnisstrafen und härtester Verfolgungen nicht aufgegeben und sofort nach ihrer Befreiung den Kampf für ihr pazifistisches Ideal wieder aufgenommen. Eine große Anzahl von ihnen, die der Quäterschule angehören, arbeiten in der deutschen Armenpflege. Am Freitag, den 8. Juli, abends 7 1/2 Uhr, findet ihnen zu Ehren im Bürgeraal des Berliner Rathauses eine Begrüßungsfeier statt, die von der Deutschen Friedensgesellschaft, Ortsgruppe Berlin, dem Friedensbund der Kriegsteilnehmer und dem Bund der Kriegsdienstverweigerer veranstaltet wird. Bei dieser Gelegenheit werden namhafte englische Pazifisten, wie Runham Brown und John P. Fleisher, ein Mitglied der hiesigen Quäterschule, das Wort ergreifen.

Ein Siebzehnjähriger als doppelter Lebensretter. Ein mutiges Rettungswort vollbrachte der 17 Jahre alte Tapezierer Herbert Horwald aus der Reuterstr. 14 zu Reutbahn. Der junge Mann befand sich gestern nachmittags in Niedersdorf bei Feuchen auf einem Spaziergang an dem dortigen See. Eine Sommerfrischlerin, die Frau des Polizeibeamten Erich Sanftleben aus der Swinemünder Str. 77 zu Berlin, zog sich in der Nähe Schube und Strümpfe aus und watete in das Wasser, obwohl besondere Warnungstafeln auf die Gefährlichkeit des Badens aufmerksam machten. Schon nach wenigen Schritten versank sie plötzlich in die Tiefe. Ihr Schmann, der am Ufer stand, stürzte sich gleichfalls in das Wasser, um seine Frau zu retten; aber auch er ging unter.

Jetzt sprang Horwald den beiden Ertrinkenden nach, und es gelang ihm zunächst, den Ehemann mit vieler Mühe aus dem Wasser zu ziehen. Dann sprang er zum zweiten Male in den See und tauchte auf den Grund hinab, wo Frau Sanftleben befinnungslos lag. Er schwamm mit ihr ans Ufer, und hier gelang es ihm, in etwa 20 Minuten die Bewußtlose ins Leben zurückzurufen.

Gewerkschaftliches

Generalversammlung der Berliner Metallarbeiter

Am 4. Juli fand im Gewerkschaftshaus die ordentliche Quartalsgeneralversammlung der Metallarbeiter statt, in der auch der Kassenericht für das erste Quartal 1921 und der Bericht der Revisoren gegeben wurde. Vor Eintritt in die Tagesordnung wird auf Beschluß eine Wahlprüfungskommission eingesetzt, die die Mandate einzelner Erwerbslosenwähler prüfen soll. Inzwischen gibt Kollege Schmidt, der Hauptkassierer, den Kassenericht und äußert sich zu einzelnen Anträgen aus der Mitte der Versammlung. Holz, als Obmann der Revisoren, beantragt Entlastung, die von der Generalversammlung einstimmig akzeptiert wird. Die Generalversammlung beschäftigt sich nun mit dem vom erweiterten Beirat beschlossenen Wahlreglement für die Wahlen der Delegierten zum Verbandsrat. Ziska führt aus, aus welchen Gründen sich der Beirat veranlaßt sah, ein Wahlreglement vorzuschlagen, das von der bisherigen Norm abweicht. Da es Pflicht des Beirats sei, die in der Organisation vorhandenen Strömungen zu berücksichtigen und insbesondere klar und prägnant zum Ausdruck zu bringen, welcher zentralen Zusammenfassung die Gesamtorganisation angegliedert werden soll (Moskau - Amsterdam), deshalb legt der Beirat ein neues Wahlreglement vor. Ziska gibt weiter bekannt, daß die auf dem Boden der Amsterdamer Richtung stehenden Metallarbeiter einen Wahlvorschlag, beginnend mit dem Namen des Kollegen Albrecht, als Liste A eingereicht haben.

Kollege Niederkirchner wünschte, daß die Wahl nach dem Proportionalverfahren vorgenommen werden sollte. Hellwig erklärt, daß nachdem die auf dem Boden der Amsterdamer Richtung stehenden Kollegen eine Liste aufstellen werden, die Kommunisten zur Durchführung ihrer Ideen mit einer Sonderliste in den Wahlsampf gehen werden. Deren Liste trägt den Namen des Kollegen Edert.

Genosse Ulrich polemisiert gegen Hellwig und stellt an Hand der von der kommunistischen Reichszentrale herausgegebenen Rundschreiben fest, daß die Kollegen der kommunistischen Richtung nicht erst durch die Mitteilung in der Generalversammlung sich genötigt gesehen haben, eine eigene Liste aufzustellen, sondern daß durch Parteibeschlüsse die kommunistischen Mitglieder bereits seit längerer Zeit verpflichtet sind, mit eigenen Listen in den Wahlsampf zu ziehen.

Genosse Ziska begrüßt es, daß wenigstens der über große Teil der Berliner Metallarbeiter in einer einheitlichen Listenaufstellung den Anfang zur praktischen Überbrückung der Gegensätze gemacht hat und er sieht dies als Symbol für die zu erwartende Einigung des Gesamtproletariats an. Demnach werden nach den Bestimmungen des Wahlreglements die Berliner Metallarbeiter mit zwei Listen in den Wahlsampf ziehen. Die genaue Anzahl der Delegierten, einschließlich Ersatzleuten, sowie die Bekanntgabe der Namen der Kandidaten der einzelnen Listen sowie auch die Beschlußfassung darüber wird in der kommenden Generalversammlung erfolgen.

Ulrich gibt nun den Bericht der Wahlprüfungskommission bekannt, die alle Mandate bis auf vier gültig erklärt. Bei der Abstimmung wird der Antrag 1, der die Unterstützung der Familien der inhaftierten Kollegen vorschlägt, abgelehnt. Dasselbe Schicksal wird dem Antrag 2 zuteil, der die Entschädigung für die Vertrauensleute an den Konferenzen vorschlägt. Antrag 4 wird einstimmig abgelehnt. Demnach dürfen Mitglieder der Verwaltungsstelle Berlin nur ein Amt als Funktionär des Verbandes und der Betriebe ausüben. Mit großer Mehrheit wird dagegen Antrag 5 angenommen, der eine Entschädigung der Funktionäre der mittleren und der erweiterten Ortsverwaltung von 5 M. vorschlägt. Antrag 6, der das Fahrgehalt und die Teilnehmergebühren an die Betriebsräte zurückzuführen sollte, wurde abgelehnt. Der letzte Antrag 7 wird nach wiederholter Abstimmung angenommen. Derselbe hatte folgendes zum Inhalt:

§ 71. Abs. c, erhält folgende Fassung: Von den Delegierten zur Generalversammlung der Freigewerkschaftlichen Betriebsräte-Zentrale des Wirtschaftsbezirks Groß-Berlin, soweit sie Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes sind, ihre Tätigkeit als aktive Betriebsräte im Betriebe ausüben, bis zur Höchstzahl von 50 Delegierten.

Infolge der vorgerückten Zeit wird die weitere Beratung der Generalversammlung vertagt.

An die Besitzer der Verbände des Afa-Bundes beim Schlichtungsausschuss Groß-Berlin

Laut Benachrichtigung des Schlichtungsausschusses wird die freie Zustellung des Mitteilungsblattes des Schlichtungsausschusses ab 15. Juli d. J. eingestellt. Die Besitzer sind aufgefordert worden, bei der Post das Mitteilungsblatt zu abonnieren.

Wir ersuchen die Afa-Besitzer, von Einzel-Abonnements abzusehen, da wir ein Sammel-Abonnement bestellen und auch nach dem 15. Juli jeden ordnungsmäßig bei uns gemeldeten Afa-Besitzer das Mitteilungsblatt frei zustellen wollen. Afa-Bund, Ortsartikel Groß-Berlin, Belle-Alliance-Str. 7-10.

Rechtsverbindliche Schiedsprüche

Zu dieser wichtigen Frage ist am 13. Juni ein grundsätzliches Urteil des Oberlandesgerichts München, II. Zivilsenat, ergangen, das von dem Verband der Privatlehrer, der dem Zentralverband der Angestellten angeschlossen ist, durch R.-A. Dr. Böhm erwirkt worden ist.

In dem Urteil wird in Bestätigung des landgerichtlichen Urteils in nunmehr rechtskräftiger Form ausgesprochen, daß durch verbindlichen Schiedspruch zugewilligte Gehaltserhöhungen auch für die Vergangenheit wirksam sind. Mit diesem bedeutamen Urteil des Oberlandesgerichts München ist die vielumstrittene und für eine Reihe von Gruppen von Gehalts- und Lohnempfängern wichtige Frage der Rechtswirksamkeit der verbindlichen Schiedsprüche, insbesondere soweit sie sich Rückwirkung zulegen, in autoritativer Weise erledigt.

U.S.P.-Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Am Donnerstag, den 7. Juli, abends 7 Uhr, findet in Kriemsfeldstr. 10, Hasenheide, eine Versammlung aller im Metallarbeiter-Verband organisierten U.S.P.-Mitglieder statt. Tagesordnung: Der Verbandstag in Jena und Ausfertigung der Delegierten. Partei- und Gewerkschaftsbuch legitimieren. Sympathisierende Kollegen und Kolleginnen können durch Genossen eingeführt werden. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet. Bezirksverband Berlin-Brandenburg.

Parteiveranstaltungen

12. Mittwoch. Billetts zum Sommerfest am Sonnabend, den 9. Juli, im Berliner Winterbad bei den Gruppenführern zum Preise von 2 M. zu haben. Die Funktionäre haben die Billetts bis spätestens Donnerstag abzugeben.

Mittwoch, 6. Juli

1. Mittwoch (Wedding). Die für heute angekündigte Vorstandssitzung fällt aus, weil die Zentralvorstandssitzung erst am Freitag stattfindet.

15. Verwaltungsbereich. Bezirksvorstandssitzung im Rathaus Dreyers. Die Parteigenossen werden gebeten, die Zahlretribution zu demgen.

Donnerstag, 7. Juli

1. Verwaltungsbereich, 4. Bezirk, Wilmers. Abends 7 Uhr wichtige Sitzung sämtlicher auf den Listen stehender Ortsverbände bei Richter, Gieselerstr. 30a.

12. Verwaltungsbereich, Wilmers. Abends 7 Uhr im „Grünen Baum“, Berliner Allee, Sitzung der kommunalen Kommission. Sämtliche Bezirksvorstände und Bezirksamtsmitglieder sind besonders eingeladen.

13. Bezirk, Wilmers. Abends 7 Uhr Sitzung der kommunalen Kommission bei Hahn, Stolpische Str. 27.

11. Bezirk, Wilmers. Abends 7 Uhr Sitzung der Verwaltungskommission bei Hoffmann, Dönhofsstr. 8.

Reinholdsdorf-Wilmers. Abends 7 Uhr im Verwaltungsgebäude, Reinholdsdorf, Zimmer 60, Sitzung der Frauen- und Kinderkommission des 20. Verwaltungsbereiches.

Freitag, 8. Juli

15. Verwaltungsbereich, Abteilung Reinholdsdorf. Abends 7 1/2 Uhr Sitzung der kommunalen Kommission bei Schlegel, Finkenstr. 44. Auch die am 20. vorhandenen Bezirksvorstände müssen an dieser Sitzung teilnehmen.

18. Verwaltungsbereich. Kinderausflug nach Schöneberg. Treffpunkt für Familien 1 1/2 Uhr Sonntag, 22. Juli, in der Friedrichshagenstr. 14, Uhr Bismarckplatz; für Einzelgänger 12 1/2 Uhr, Prenzlauer Promenade, Ecke Granitzstraße; alle anderen Ortsgruppen Treffpunkt 3 Uhr in Niederschönhausen, Linden-, Ecke Tausig-Grantsch-Strasse.

Bereinskalender

Donnerstag, 7. Juli

Zentralverband der Angestellten. Chirurgie, Wilmers. Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung in den Sophienhallen, Sophienstr. 17-19. - Neustadt-Wilmers. Abends 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung im Englischen Hof, Alexanderstraße 27c. - Holz. Abends 7 1/2 Uhr Jugendgruppenversammlung im Bürgerheim, Alte Schönhauser Str. 23-24.

16. Verwaltungsbereich. Abends 7 Uhr öffentliche Versammlung in Labberts-Waldhölzchen, Hirschgarten. Bund der technischen Angestellten und Beamten, Ortsgruppe Nord-Wilmers. Abends 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung mit Vortrag im Rasthaus Markt, Turmstr. 75.

Internationaler Bund der Kriegspolier, Bezirk Eden. Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung im Dresdener Garten, Dresdener Str. 43. Ref. d. Gen. Sekretariat.

Verantwortlich: für Politik u. Redaktion: Leo Dieckhoff, Berlin-Friedrichshagen; für Kommunalpolitik, Lokales und Gewerkschaft: Robert Henkel, Berlin; für den Internationalen u. geschäftliche Mitteilungen: I. S. G. H. A. F. A. S. Berlin NW. - Verlagsgesellschaft „Freiheit“, e. G. m. b. H., Berlin. - Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin E2, Breite Str. 8-9.

Schokoladen
Dose 100 g-Tafel 3.40
Mitteltafel 3.40
25 g, 50 g, 100 g-Tafeln
für Schokolade, Stangen
u. s. w., alle erhältlich
Schneider, Rodenbergerstr. 9.

Stoffe
für Herren-Kostüme, Mäntel,
Paletots, Damen-Kostüme,
Mäntel 50,-, 100,-, 150,-, 200,- Mark.
Für langjährige Verbindungen mit althergebrachten
Fabrikanten können für preiswerte, gute Qualitäten.
Koch & Seeland G. m. b. H.
Begr. 1893, Unter den Eichen 20-21, Begr. 1893.

Laubdecken 40, 50, 60 M
Luftschläuche 10, 15, 20 M
Versand nach auswärts
Eugen Schmidt, Bin. Bahstr. 13

Kleine Anzeigen Geschäftsstelle:
Berlin E2, Breite Str. 8-9
Das Ueberschriftswort 2.- Mk., jedes weitere Wort im Text 1.50 Mk. netto.
Stellungswörter: Ueberschriftswort 1.50 Mk., jedes weitere Wort im Text 1.- Mk.

Verkäufe
Kellereihaus, Kottbuscher
Straße 5, Kommandanten, Gaden-
dine, Tuche, Seiden, Futterstoffe,
Stoffe für Herren- und Knaben-
anzüge, fertige Mäntel, Kostüme,
Röcke sehr preiswert.

Schlafzimmer, eiche, nuss-
holz, 360,-, Eiche gedreht,
Rüchen 575,-, prima Emaillier-
lack, Nachtschloß, elektrische,
Kationenspeicher Badstr. 31.

Kaufgeuche
Mausfänger 7,40 kauf
Franken, Brunnstr. 83.

Geld-Verkehr
Betriebskapital, 1000
Marken, Kottbuscher Str. 32, Hof post-
links, Moabit 3000.

Wettwälder billig, Preis-
bezug 37,-, Kissenbezug 11,-,
Verlänger 20,-, Julett 28,-,
auch einzelne, rimas angehängt,
weit unter Preis, Wälderstraße,
Handbänder, handredig, billig,
Kette, Bedienung, Wälder-
fabrik Gump & Jäger, Lands-
berger Straße 88, Großes
Spezialgeschäft.

Chaiselongs 100,- Chaisel-
longgedeckte 25,-, Metallbetten
100,-, Ständerbetten, Metalle,
Auguststr. 32a, Dugh.

Manufakturwaren 7,40 kauf
Franken, Brunnstr. 83.

Wettwälder billig, Preis-
bezug 37,-, Kissenbezug 11,-,
Verlänger 20,-, Julett 28,-,
auch einzelne, rimas angehängt,
weit unter Preis, Wälderstraße,
Handbänder, handredig, billig,
Kette, Bedienung, Wälder-
fabrik Gump & Jäger, Lands-
berger Straße 88, Großes
Spezialgeschäft.

Wettwälder billig, Preis-
bezug 37,-, Kissenbezug 11,-,
Verlänger 20,-, Julett 28,-,
auch einzelne, rimas angehängt,
weit unter Preis, Wälderstraße,
Handbänder, handredig, billig,
Kette, Bedienung, Wälder-
fabrik Gump & Jäger, Lands-
berger Straße 88, Großes
Spezialgeschäft.

Wettwälder billig, Preis-
bezug 37,-, Kissenbezug 11,-,
Verlänger 20,-, Julett 28,-,
auch einzelne, rimas angehängt,
weit unter Preis, Wälderstraße,
Handbänder, handredig, billig,
Kette, Bedienung, Wälder-
fabrik Gump & Jäger, Lands-
berger Straße 88, Großes
Spezialgeschäft.

Wettwälder billig, Preis-
bezug 37,-, Kissenbezug 11,-,
Verlänger 20,-, Julett 28,-,
auch einzelne, rimas angehängt,
weit unter Preis, Wälderstraße,
Handbänder, handredig, billig,
Kette, Bedienung, Wälder-
fabrik Gump & Jäger, Lands-
berger Straße 88, Großes
Spezialgeschäft.

Wettwälder billig, Preis-
bezug 37,-, Kissenbezug 11,-,
Verlänger 20,-, Julett 28,-,
auch einzelne, rimas angehängt,
weit unter Preis, Wälderstraße,
Handbänder, handredig, billig,
Kette, Bedienung, Wälder-
fabrik Gump & Jäger, Lands-
berger Straße 88, Großes
Spezialgeschäft.

Wettwälder billig, Preis-
bezug 37,-, Kissenbezug 11,-,
Verlänger 20,-, Julett 28,-,
auch einzelne, rimas angehängt,
weit unter Preis, Wälderstraße,
Handbänder, handredig, billig,
Kette, Bedienung, Wälder-
fabrik Gump & Jäger, Lands-
berger Straße 88, Großes
Spezialgeschäft.

Wettwälder billig, Preis-
bezug 37,-, Kissenbezug 11,-,
Verlänger 20,-, Julett 28,-,
auch einzelne, rimas angehängt,
weit unter Preis, Wälderstraße,
Handbänder, handredig, billig,
Kette, Bedienung, Wälder-
fabrik Gump & Jäger, Lands-
berger Straße 88, Großes
Spezialgeschäft.

Wettwälder billig, Preis-
bezug 37,-, Kissenbezug 11,-,
Verlänger 20,-, Julett 28,-,
auch einzelne, rimas angehängt,
weit unter Preis, Wälderstraße,
Handbänder, handredig, billig,
Kette, Bedienung, Wälder-
fabrik Gump & Jäger, Lands-
berger Straße 88, Großes
Spezialgeschäft.

Wettwälder billig, Preis-
bezug 37,-, Kissenbezug 11,-,
Verlänger 20,-, Julett 28,-,
auch einzelne, rimas angehängt,
weit unter Preis, Wälderstraße,
Handbänder, handredig, billig,
Kette, Bedienung, Wälder-
fabrik Gump & Jäger, Lands-
berger Straße 88, Großes
Spezialgeschäft.

Wettwälder billig, Preis-
bezug 37,-, Kissenbezug 11,-,
Verlänger 20,-, Julett 28,-,
auch einzelne, rimas angehängt,
weit unter Preis, Wälderstraße,
Handbänder, handredig, billig,
Kette, Bedienung, Wälder-
fabrik Gump & Jäger, Lands-
berger Straße 88, Großes
Spezialgeschäft.

Wettwälder billig, Preis-
bezug 37,-, Kissenbezug 11,-,
Verlänger 20,-, Julett 28,-,
auch einzelne, rimas angehängt,
weit unter Preis, Wälderstraße,
Handbänder, handredig, billig,
Kette, Bedienung, Wälder-
fabrik Gump & Jäger, Lands-
berger Straße 88, Großes
Spezialgeschäft.

Wettwälder billig, Preis-
bezug 37,-, Kissenbezug 11,-,
Verlänger 20,-, Julett 28,-,
auch einzelne, rimas angehängt,
weit unter Preis, Wälderstraße,
Handbänder, handredig, billig,
Kette, Bedienung, Wälder-
fabrik Gump & Jäger, Lands-
berger Straße 88, Großes
Spezialgeschäft.

Wettwälder billig, Preis-
bezug 37,-, Kissenbezug 11,-,
Verlänger 20,-, Julett 28,-,
auch einzelne, rimas angehängt,
weit unter Preis, Wälderstraße,
Handbänder, handredig, billig,
Kette, Bedienung, Wälder-
fabrik Gump & Jäger, Lands-
berger Straße 88, Großes
Spezialgeschäft.

Wettwälder billig, Preis-
bezug 37,-, Kissenbezug 11,-,
Verlänger 20,-, Julett 28,-,
auch einzelne, rimas angehängt,
weit unter Preis, Wälderstraße,
Handbänder, handredig, billig,
Kette, Bedienung, Wälder-
fabrik Gump & Jäger, Lands-
berger Straße 88, Großes
Spezialgeschäft.

Wettwälder billig, Preis-
bezug 37,-, Kissenbezug 11,-,
Verlänger 20,-, Julett 28,-,
auch einzelne, rimas angehängt,
weit unter Preis, Wälderstraße,
Handbänder, handredig, billig,
Kette, Bedienung, Wälder-
fabrik Gump & Jäger, Lands-
berger Straße 88, Großes
Spezialgeschäft.

Wettwälder billig, Preis-
bezug 37,-, Kissenbezug 11,-,
Verlänger 20,-, Julett 28,-,
auch einzelne, rimas angehängt,
weit unter Preis, Wälderstraße,
Handbänder, handredig, billig,
Kette, Bedienung, Wälder-
fabrik Gump & Jäger, Lands-
berger Straße 88, Großes
Spezialgeschäft.

Wettwälder billig, Preis-
bezug 37,-, Kissenbezug 11,-,
Verlänger 20,-, Julett 28,-,
auch einzelne, rimas angehängt,
weit unter Preis, Wälderstraße,
Handbänder, handredig, billig,
Kette, Bedienung, Wälder-
fabrik Gump & Jäger, Lands-
berger Straße 88, Großes
Spezialgeschäft.

Wettwälder billig, Preis-
bezug 37,-, Kissenbezug 11,-,
Verlänger 20,-, Julett 28,-,
auch einzelne, rimas angehängt,
weit unter Preis, Wälderstraße,
Handbänder, handredig, billig,
Kette, Bedienung, Wälder-
fabrik Gump & Jäger, Lands-
berger Straße 88, Großes
Spezialgeschäft.

Wettwälder billig, Preis-
bezug 37,-, Kissenbezug 11,-,
Verlänger 20,-, Julett 28,-,
auch einzelne, rimas angehängt,
weit unter Preis, Wälderstraße,
Handbänder, handredig, billig,
Kette, Bedienung, Wälder-
fabrik Gump & Jäger, Lands-
berger Straße 88, Großes
Spezialgeschäft.

Wettwälder billig, Preis-
bezug 37,-, Kissenbezug 11,-,
Verlänger 20,-, Julett 28,-,
auch einzelne, rimas angehängt,
weit unter Preis, Wälderstraße,
Handbänder, handredig, billig,
Kette, Bedienung, Wälder-
fabrik Gump & Jäger, Lands-
berger Straße 88, Großes
Spezialgeschäft.

Wettwälder billig, Preis-
bezug 37,-, Kissenbezug 11,-,
Verlänger 20,-, Julett 28,-,
auch einzelne, rimas angehängt,
weit unter Preis, Wälderstraße,
Handbänder, handredig, billig,
Kette, Bedienung, Wälder-
fabrik Gump & Jäger, Lands-
berger Straße 88, Großes
Spezialgeschäft.

Wettwälder billig, Preis-
bezug 37,-, Kissenbezug 11,-,
Verlänger 20,-, Julett 28,-,
auch einzelne, rimas angehängt,
weit unter Preis, Wälderstraße,
Handbänder, handredig, billig,
Kette, Bedienung, Wälder-
fabrik Gump & Jäger, Lands-
berger Straße 88, Großes
Spezialgeschäft.

Wettwälder billig, Preis-
bezug 37,-, Kissenbezug 11,-,
Verlänger 20,-, Julett 28,-,
auch einzelne, rimas angehängt,
weit unter Preis, Wälderstraße,
Handbänder, handredig, billig,
Kette, Bedienung, Wälder-
fabrik Gump & Jäger, Lands-
berger Straße 88, Großes
Spezialgeschäft.

Wettwälder billig, Preis-
bezug 37,-, Kissenbezug 11,-,
Verlänger 20,-, Julett 28,-,
auch einzelne, rimas angehängt,
weit unter Preis, Wälderstraße,
Handbänder, handredig, billig,
Kette, Bedienung, Wälder-
fabrik Gump & Jäger, Lands-
berger Straße 88, Großes
Spezialgeschäft.

Wettwälder billig, Preis-
bezug 37,-, Kissenbezug 11,-,
Verlänger 20,-, Julett 28,-,
auch einzelne, rimas angehängt,
weit unter Preis, Wälderstraße,
Handbänder, handredig, billig,
Kette, Bedienung, Wälder-
fabrik Gump & Jäger, Lands-
berger Straße 88, Großes
Spezialgeschäft.

Beachtet unsere Inserenten!